

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951**

269 (17.11.1951)



# ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann

gegründet 1890



Süddeutsche Heimatzeitung

für den Albgau

Anzeigenpreis: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgegeben. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Samstag, den 17. November 1951

Nr. 269

## McCloy bei der NATO-Konferenz?

Lovett traf Adenauer — Bradley in Paris  
Bonn (UP). Die etwaige Teilnahme des US-Hochkommissars McCloy an der für den 24. November nach Rom einberufenen Tagung des Atlantikpakt-Rates (NATO) wird in Kreisen des US-Hochkommissariats gegenwärtig erörtert, wie von unrichtiger Seite mitgeteilt wird. Eine Entscheidung sei allerdings noch nicht gefallen. Falls McCloy sich zu einer solchen Reise entschließen sollte, werde er der NATO-Konferenz als Sachverständiger für Fragen eines möglichen deutschen Verteidigungsbeitrags zur Verfügung stehen.

US-Verteidigungsminister Lovett traf auf dem Luftwege aus Paris zu Besprechungen mit alliierten und deutschen Politikern in Bonn ein. Lovett traf bei einem von US-Hochkommissar McCloy veranstalteten Essen mit dem Bundeskanzler zusammen. An diesem Empfang nahm auch der französische Hochkommissar François-Poncet teil. Im Laufe des Tages fanden Beratungen mit hohen amerikanischen Beamten statt.

General Dwight Eisenhower, der Oberbefehlshaber der atlantischen Verteidigungsarmee in Europa, und General Omar Bradley, der Vorsitzende des Gremiums der Stabschefs der US-Streitkräfte, hatten eine 90 Minuten dauernde Unterredung über die Pläne zur Aufstellung einer europäischen Armee. Bradley reist am Samstag nach Rom weiter.

## 40 000 Personen wurden obdachlos

Ende der Katastrophe nicht abzusehen  
Malland (UP). Italienischen Pioniersoldaten gelang es, 30 Männer, Frauen und Kinder, die auf einer Insel mitten in den reißenden Wassern des Po, südlich von Rovigo, eingeschlossen waren, zu retten. Das steigende Wasser drohte die Insel zu überfluten. Unter Einsatz ihres Lebens gelang es den Pionieren, auch einen 7 Jahre alten Jungen und ein 12 Jahre altes Mädchen, die an einem Baum festgebunden waren, der mitten im Strom trieb, zu retten. Man befürchtet, daß die Eltern der Kinder von den Fluten weggespült wurden. Um die von der Flut bedrohte Stadt Rovigo zu schützen, wurde der Po-Damm an einer neuen Stelle gesprengt. Die Umgebung der Stadt soll von etwa 250 Millionen ebn Wasser bedeckt sein. Allein in der Gegend von Ferrara und Rovigo sollen 4000 Häuser unter Wasser stehen. Man schätzt, daß dort 30 bis 40 000 Personen obdachlos wurden.

Ministerpräsident de Gasperi ist am Freitag im Katastrophengebiet angekommen. 160 britische Pioniere, die zu den Besatzungstruppen von Triest gehören, sind zur Hilfeleistung in das Po-Gebiet abgereist. Das italienische Kabinett, das bereits Geldmittel von über 35 Millionen DM zur Unterstützung der überfluteten Gebiete bereitgestellt hat, besprach weitere Hilfsmaßnahmen.

## Schubert in Washington

Truman will sich für Mossadeg verwenden  
Washington (UP). Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Dr. Schubert, traf in Washington mit dem Chef der Fernmelde-Abteilung des US-Außenministeriums, de Wolf, zu einer Unterredung zusammen. Schubert kam auf Einladung des State Department zu einem kurzen Besuch nach den USA. Der amtierende deutsche Geschäftsträger in Washington, Hans Rießer, lud den Minister zu einem Essen ein, an dem auch der amtierende Direktor der Deutschland-Abteilung im US-Außenministerium, Lewis, teilnahm.

Präsident Truman hat dem iranischen Premierminister Mossadeg mitgeteilt, er werde sich dem Ersuchen Mossadegs um eine 120-Millionen-Dollar-Anleihe für Iran annehmen. Der Präsident habe sich jedoch „in keiner Weise festgelegt“.

Durch den Rückstand in der Produktion und dem westeuropäischen Bedarf an neuen Flugzeugen muß die amerikanische Luftflotte die geplante Aufstellung von 95 Geschwadern von Ende 1952 auf Mitte 1953 verschoben.

Die deutsche Kriegsgräberkommission ist in Tripolis eingetroffen; sie wird sich etwa ein Jahr in Nordafrika aufhalten.

Bulgarien beschwert sich in einer Note an die Türkei über die Blockade der Eisenbahnverbindung zwischen den beiden Ländern und die Weigerung der türkischen Regierung, den in Bulgarien lebenden Türken Einreisevisa zu erteilen.

Das verlorengegangene Schiff „Sao Paulo“ wurde bei den Azoren aufgefunden. Das brasilianische Schiffschiff hatte sich im Sturm von seinem Schlepper losgerissen, der es zum Verschrottungshafen bringen sollte.

Ein Erdbeben in Kolumbien forderte über 20 Todesopfer. Ein Teil der Hauptverkehrsstraße, die zu der Hafenstadt Buenaventura führt, wurde verschüttet.

1000 kanadische Soldaten sind seit kurzem in Hannover stationiert. Sie sind kriegsmäßig ausgerüstet und mit leichten und schweren Waffen versehen.

Zuchthausstrafen bis zu 10 Jahren verhängte das Landgericht Magdeburg gegen neun ehemalige leitende Funktionäre der Sozialversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt, die 50 Millionen Ostmark veruntreut haben sollen.

## Verfassungsklage gegen SRP und KPD

Abgeordnete werden ihre Sitze bei Parteiverbot behalten

Bonn (UP). Die Bundesregierung hat beschlossen, beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der SRP und KPD zu stellen. Dies teilte Bundesinnenminister Lehr der Presse im Anschluß an die Kabinettsitzung, bei der Bundeskanzler Adenauer den Vorsitz führte, mit.

Innenminister Lehr verwies zur Begründung auf den Artikel 21 des Grundgesetzes, der ein Verbot einer politischen Partei vorsieht, wenn sie vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden ist. Die SRP habe sich — so sagte Dr. Lehr — als eine „Nachfolgeorganisation der NSDAP“ erwiesen. Sie wolle die freiheitliche demokratische Ordnung der Bundesrepublik beeinträchtigen. Die SRP bekenne sich zur Regierung Dönitz und diffamiere die Tätigkeit der demokratischen Parteien. Bundesregierung, Bundestag und sonstige demokratische Politiker würden des Verrats bezichtigt. Mit dem Hinweis auf die Ereignisse des 20. Juli 1944 sei die SRP bestrebt, eine neue Dolchstoßlegende zu erfinden und zu verbreiten. Die Lage der Bundesrepublik und ihr Ansehen im Ausland sei durch die SRP schwer geschädigt worden und die Bundesregierung sei aus diesen Gründen verpflichtet, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln gegen die SRP einzuschreiten.

Die Klage gegen die Kommunistische Partei wurde von Lehr mit dem Hinweis auf die verfassungswidrige Tätigkeit der KPD begründet. Die KPD handle im Rahmen eines von den Machthabern in der Ostzone entworfenen Angriffsplans. Die Organisations-Prinzipien der KPD zeigten, daß sie eine „durch und durch undemokratische“ Partei sei. Sie strebe mit allen Mitteln eine gewaltsame Zerstörung der bürgerlichen Staatsmaschine. Die KPD untergrabe systematisch das Vertrauen der Bevölkerung in die verfassungsmäßigen Organe und fordere zum Widerstand, wilden Streik und Ungehorsam gegen die Gesetze auf.

Der Bundesinnenminister sagte, er habe die im Zusammenwirken mit dem Bundesjustizminister ausgearbeiteten Klagen vorher mit den politischen Parteien — auch der Opposition — erörtert. Die Parlamentsabgeordneten der SRP und KPD werden im Falle eines Verbots der Parteien ihre Mandate erst bei Neuwahlen verlieren können, sagte Lehr, da ja nicht die Person, sondern nur die Partei verboten würde.

Die Bundesregierung distanzierte sich außerdem in einer formellen Erklärung von den Äußerungen des SRP-Abgeordneten Dr.

Franz Richter im Bundestag. Richter hatte im Verlauf einer Wiedergutmachungsdebatte behauptet, wer den Juden noch Vermögen nach Israel nachschicken wolle, sei ein Kollaborateur des Feindes. Richter habe damit — so heißt es in der Bonner Erklärung — den Staat Israel sowie den SPD-Abgeordneten Carlo Schmid, der sich für die Wiedergutmachung des an den Juden begangenen Unrechts eingesetzt hatte, auf das schwerste beleidigt. Die Bundesregierung werde zu weiteren allen etwa auftretenden anti-semitischen Bestrebungen mit aller Entschiedenheit entgegenwirken. Sie wisse sich in diesem Vorgehen mit der Mehrheit des deutschen Volkes einig.

### Diskussion um Wehrdienst-Verweigerung

Bei der Schaffung eines Wehrgesetzes kann die Verweigerung des Dienstes mit der Waffe in der Hand nur solchen Personen zugebilligt werden, die aus einem echten gewissenmäßigen Vorbehalt heraus handeln, erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Gerstenmaier der United Press. Er, Gerstenmaier, werde dafür streiten, daß nur und ausschließlich solche Fälle respektiert würden. Auch der Beauftragte der evangelischen Kirche bei der Bundesregierung, Superintendent Kunst, sagte, daß nur echte Gewissensentscheidungen respektiert werden dürften. Es sei ein Irrtum, anzunehmen, die evangelische Kirche betrachte es als Normalfall, daß Christen Kriegsdienstverweigerer sein müßten. Die Kirche würde den ihr gestellten Auftrag nach Ansicht des Superintendenten überschreiten, wenn sie in der Frage der Wiederbewaffnung jeglichen Heeresdienst verwerfe.

### Untersuchungs-Ausschüsse arbeiten

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss Ausschuß 47 zur Überprüfung des Auswärtigen Amtes wurde jetzt konstituiert. Erster Vorsitzender wurde der FDP-Abgeordnete Dr. Becker, Stellvertreter CDU-Abgeordneter Dr. Köhler.

Der Untersuchungsausschuss des Bundestages zur Prüfung des „Falles Platow“ trat zu seiner ersten Arbeitssitzung zusammen, wobei die vorläufige Verfahrensweise festgelegt wurde. In der nächsten Sitzung soll der zuständige Staatsanwalt über den Stand des Verfahrens gegen Platow wegen aktiver Bestechung und gegen Bundesbedienstete wegen passiver Bestechung vor dem Ausschuss berichten. Ferner sollen die Staatssekretäre der Bundesministerien für Wirtschaft, Ernährung und Justiz gehört werden.

## Schumanplan erst 1952

Schäffer für Steuer-Neuaufstellung zwischen Bund und Ländern

Bonn (UP). Bundesfinanzminister Schäffer wandte sich in Bonn auf einer Pressekonferenz scharf gegen die Forderung nach einer Auflösung der Länderfinanzverwaltungen und Errichtung einer Bundesfinanzverwaltung an ihrer Stelle. Er trat für eine Neuaufteilung der Steuern zwischen Bund und Ländern auf der Basis eines Übereinkommens zwischen den Partnern in echt föderalistischem Sinne ein.

Das durch die Ablehnung der Aufwandsteuer und der Autobahngebühr im Haushalt 1951/52 entstehende „Loch“ von 200 Millionen DM könne nur durch einschneidende Sparmaßnahmen gestopft werden. Neue Einnahmequellen könne man nicht erschließen. Schäffer meinte, daß die Einsparungen zweifellos zu politischen Schwierigkeiten führen würden. Die Einsparungen müßten aber mit eiserner Energie durchgeführt werden. Er hoffe, auch bei den Koalitionspartnern für diese Politik Verständnis zu finden.

Der Bundesfinanzminister sagte, ein Verteidigungsbeitrag könne auch ohne den Erlaß neuer Steuern geleistet werden. Voraussetzung hierfür sei allerdings, daß die Beträge, die aus der Autobahngebühr und der Aufwandsteuer erwartet werden sind, auf andere Weise hereingeholt werden.

Der CSU-Abgeordnete Strauß kündigte Verhandlungen zwischen einer Delegation der CSU und dem Bundeskanzler sowie zwischen den Vorständen der CSU und der FDP über die Regierungspolitik an. Strauß betonte, die CSU lege Wert darauf, daß ihr Finanzminister Schäffer im Amt bleibe. Schäffer selbst sagte zu diesem Thema, in der Besetzung des Finanzministerpostens durch ein CSU-Mitglied sehe seine Partei eine weitgehende Sicherheit für die Wahrung des föderalistischen Grundgedankens der Verfassung. Er würde also bei etwaigen Rücktrittsabsichten an einen Beschluß der CSU-Landesgruppe gebunden sein. Im übrigen erfreue er sich entgegen anderslautenden Berichten einer ausgezeichneten Gesundheit.

Die Bundesrepublik werde den Schuman-Plan in diesem Jahr nicht mehr ratifizieren, erklärte Bundestagspräsident Ehlers vor der Auslandspresse. Gegenwärtig bereite ein Arbeitsausschuss des Bundestages das Montan-

Union-Gesetz für eine zweite Lesung im Parlament vor, die jedoch nicht vor den Weihnachtsferien stattfinden werde. Von den sechs Partnerländern hat bisher nur Holland den Schuman-Plan ratifiziert.

### Beamtenbund begrüßt Besoldungsgesetz

Der „Deutsche Beamtenbund“ begrüßt in einer Erklärung die endgültige Verabschiedung des neuen Besoldungsgesetzes als „erste Teuerungsausgleichung seit 1937“. Die mit der neuen Ordnung verbundene Aufbesserung der Bezüge könne jedoch nur als „erster Schritt“ gewertet werden. Der Bundestag hatte beschlossen, die Gehälter der Beamten und Pensionäre mit Ausnahme der sogenannten 131er-Pensionäre ab 1. Oktober um 20 Prozent zu erhöhen.

Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Kriegsschädigten (VdK), Max Wuttke, betonte vor dem Kriegsoffiziersausschuss des Bundestages, unter den Kriegsoffizieren herrsche große Unzufriedenheit, weil die Renten viel zu langsam anerkannt würden. In der Mehrzahl der Länder stünden fiskalische Interessen statt sozialer Bedürfnisse im Vordergrund. Auf weite Sicht gesehen, sei es notwendig, endlich eine Hauptabteilung „Kriegsoffiziersversorgung“ im Bundesministerium für Arbeit einzurichten und die gesamte Kriegsoffiziersversorgung in bundeseigene Verwaltung zu überführen.

Die Bundesregierung hat dem Bundesrat den Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes zugeleitet. Das Gesetz soll die Bestimmungen des Kontrollrats auf diesem Gebiet ablösen. Als wesentliche Änderung gegenüber dem bisherigen Zustand ist unter anderem die Errichtung einer bundeseinheitlichen Revisionsinstanz für Arbeitsachen vorgesehen.

### Kehlvertrag wird überprüft

Der Außenpolitische Ausschuss des Bundestages beschloß auf Antrag der SPD, der Vertrag zwischen dem Lande Baden und der Straßburger Hafenverwaltung über den Hafen Kehl zunächst einmal dem Rechtsausschuss des Bundestages zur verfassungsrechtlichen Überprüfung zu überweisen. Die SPD-Vertreter hatten darauf hingewiesen, daß der Vertrag territoriale Fragen zwischen Deutschland und Frankreich anschnide und deswegen in die Kompetenz des Bundes falle.

## Das Deutschlandlied

Von Dr. Wilhelm Schoof

Die jüngsten Debatten um das Deutschlandlied und die dem deutschen Volk als Neujahrsgrüße dargebotene neue Nationalhymne des Lyrikers Rudolf Alexander Schröder lenken unwillkürlich unseren Blick hundert Jahre zurück. Hoffmann von Fallersleben hat am 26. August 1841 auf der damals noch englischen Insel Helgoland sein Deutschlandlied gedichtet. Es war das einmalige Gnadengeschenk einer gesegneten Dichterstunde, als es dem Dichter hier in der weltabgeschiedenen Einsamkeit gelang, eine Stimmung wiederzugeben, an der sich die Begeisterung von Millionen guter Deutscher im In- und Ausland entzündete, die wie der volle Ausbruch des Volksempfindens sich auswirkte. In einer Zeit politischer Ohnmacht entstanden, ist es im Lauf seiner hundertjährigen Geschichte zu einer unerschöpflichen Kraftquelle des deutschen Volkes geworden und hat besonders bei den im Ausland lebenden Deutschen an die tiefsten Seiten des Empfindens geführt. Die Bedeutung des Liedes wird dadurch noch gesteigert, daß es im Laufe der hundert Jahre an innerer Lebenskraft und volkstümlicher Wirkung noch gewonnen hat. Damit ist erwiesen, daß es nicht ein zeitgebundenes, sondern ein überzeitliches Bekenntnis zum deutschen Vaterland enthält, das in seiner Wirkung einmalig ist. So etwas kann durch nichts anderes ersetzt werden.

Für seine tiefgreifende Wirkung spricht auch, daß das Lied noch zu Lebzeiten des Dichters achtundfünfzig Mal vertont worden ist. Richtig hat es sich jedoch erst in der Vertonung der österreichischen Kaiserhymne durch Joseph Haydn durchgesetzt. Diese Weise ist seit der Entstehung des Liedes unlosbar mit ihm verbunden geblieben und hat nicht wenig zur Verbreitung desselben beigetragen. Zwar haben sich die Erwartungen, welche der Dichter auf sein Lied gesetzt hatte, zu seinen Lebzeiten nicht ganz erfüllt. Der volle Ruhm ist dem Lebenden versagt geblieben. Am 5. Oktober 1841 wurde das Lied zum ersten Mal bei einem Fackelzug in Hamburg von den Mitgliedern der dortigen Liedertafel und der Turnerschaft in Begleitung von Hornmusik gesungen. Die Wirkung war indessen noch nicht so, wie man erhofft hatte. Selbst die erhebende Zeit von 1870/71 war nicht imstande, dem Lied den Weg zur Volkshymne frei zu machen. Am 12. August 1870 mußte der Dichter einem Freunde gegenüber bekennen: „Erfreulicher wäre mir, wenn jetzt endlich einmal mein Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ zur allgemeinen Geltung käme, also das würde, was es jetzt endlich sein kann: ein Lied für ganz Deutschland“. Noch am 4. Juni 1871 schrieb er mit stillem Verzicht in einer Zeit des geeinten deutschen Volkswillens:

„Deutschland, Deutschland über alles!  
O wie sang ich es so oft!  
Niemals wollt' Erfüllung werden,  
Was ich lang und heiß erhofft.“

Als der Dichter das Zeitliche segnete (22. Januar 1874), ahnte er nicht, welche Bedeutung sein Lied noch einmal für die kommenden Geschlechter erlangen würde. Es blieb für ihn schmerzlich, daß es zu seinen Lebzeiten nicht die erhoffte Beachtung gefunden hatte, und er nahm die Wünsche für eine bessere Zukunft mit in das Grab.

Auch nach seinem Tod lief ihm zunächst Beckers Lied „Die Wacht am Rhein“ und die Kaiserhymne „Heil Dir im Siegerkranz“ noch den Rang ab, während das Deutschlandlied vorwiegend Aufnahme in den Kommerz- und Liederbüchern fand. Erst in den neunziger Jahren bürgerte es sich unter dem Einfluß der in Friedrichruh stattfindenden Biemarck-Huldigungen mehr und mehr ein. Als dann aber am 10. August 1890 zum ersten Mal die deutsche Flagge auf der nunmehr deutschen Insel Helgoland gehißt wurde, an demselben Ort, an dem vor rund 60 Jahren das Deutschlandlied entstanden war, da erklang aus aller Munde mit voller Begeisterung gleichsam als das Lied der Nation „Deutschland, Deutschland über alles!“

Mit dem ersten Weltkrieg ist das Rennen gewonnen. Jetzt erfüllt sich zutiefst an jedem der Sinn der Worte: „Wenn es stets zu Schutz und Trutze brüderlich zusammenhält“. Überall ertönt das Deutschlandlied auf den Straßen und Marktplätzen bei Kundgebungen, beim Aufmarsch der Truppen, beim Überschreiten der Grenze, beim Vormarsch in Belgien, beim Sturm auf Langemark. In den Novembertagen von 1918 verstummt das Deutschlandlied. Es wird von den Franzosen im besetzten Rheinland in Acht und Bann geschlagen und im unbesetzten Gebiet ein Spielball der Parteien. Als aber am 12. Mai 1919 in jener denkwürdigen Sitzung der deutschen Nationalversammlung in der Aula der Ber-



lner Universität das berühmte Wort von der verdorrten Hand fällt, da bildet es den bekräftigenden Ausklang der Stimmung gegen die Annahme der Versailler Friedensbedingungen, die aber dann später doch angenommen wurden. Nicht mehr aufzuhalten war das Deutschlandlied auf seinem Reichspräsidenten der deutschen Republik vom 11. August 1923 zur deutschen Volkshymne erklärt und damit dem Streit der Parteien entzogen wurde.

**Berlin wünscht größere Luftbrücke**  
**Tagung des „Weltgewerkschaftsbundes“**

Berlin (UP). Der Berliner Senat hat die amerikanischen Behörden um eine Verstärkung der „kommerziellen Luftbrücke“ gebeten. Wie aus dem Senat bekannt wurde, sollen an Stelle von täglich 100 Tonnen Frachtraum zunächst 300 Tonnen und später nach Möglichkeit noch mehr Frachtraum zur Verfügung gestellt werden.

Der Senat begründete sein Ersuchen damit, daß infolge der anhaltenden Schwierigkeiten bei der Abstempe lung von Warenbegleitscheinen durch die sowjetischen Dienststellen zahlreiche Exportgüter in Berlin liegen bleiben. Diese sollen jetzt auf dem Luftwege nach Westdeutschland befördert werden. Hierzu sagte ein Sprecher der Alliierten, der deutsche Vorschlag würde angenommen, wenn es den Alliierten notwendig erscheine, die „kleine Luftbrücke“ auszubauen. Im jetzigen Augenblick sei eine Vergrößerung nicht vorgesehen.

Mit der Überreichung von Geschenken an die Delegierten begann in Ostberlin die Diskussion über den Rechenschaftsbericht des Generalrates des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes. Während der Diskussion kam es zu einem Zwischenfall, als der iranische Delegierte Reza Rast dem Weltgewerkschaftsbund vorwarf, er habe die iranischen Arbeiter bei ihrem Streik im Stich gelassen. Der WGB-Präsident Vittorio entzog dem Perser das Wort und erinnerte ihn an die „Disziplin und die gegebenen Grenzen, die eingehalten werden müssen“.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat anlässlich der Tagung des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes für den kommenden Sonntag zu einer Gegenkundgebung in Westberlin aufgerufen.

Staatsrat Dr. Ernst Rattenhuber, der Bevollmächtigte Bayerns bei der Bundesregierung in Bonn, ist im Alter von 64 Jahren gestorben.

Zum Tode verurteilt wurden in Sofia acht Personen als „Spione, Verschwörer und Agenten ausländischer Geheimdienste“.

# Aechtung der Atombombe

Schuman und Lie fordern Beendigung des Kalten Krieges - Keine Annäherung der Standpunkte

Paris (UP). Die allgemeine Debatte der UN-Generalversammlung in Paris wurde am Freitag abgeschlossen, ohne daß eine Annäherung der Standpunkte erfolgte. Während der französische Außenminister Schuman und UN-Generalsekretär Trygve Lie eine Beendigung des Kalten Krieges forderten, lehnte der sowjetische Außenminister Wjatschinski erneut den Abrüstungsvorschlag der Westmächte ab und empfahl statt dessen die Ausarbeitung eines Abkommens zur Ächtung der Atombombe bis zum 1. Februar 1952.

Der französische Außenminister Schuman versicherte, daß die Westmächte bereit seien, mit den Vertretern der Sowjetunion über eine schrittweise Verringerung der Spannungen durch eine Art Nichtangriffspakt als Einleitung zu einem Modus vivendi zu verhandeln. Er sagte wörtlich: „Wir fürchten, daß ein Krieg ausbricht gleich einer elektrischen Entladung zwischen zwei Gegenpolen. Wir können dies nur verhindern, wenn wir durch Taten die furchtbare Spannung verringern, die gegenwärtig herrscht“.

Deutschland und Österreich bezeichnete Schuman als zwei konkrete Probleme, deren Lösung die Kriegsgefahr bedeutend verringern würde. Er verteidigte die Deutschland-Politik der Westmächte und betonte, daß es gelingen müsse, durch eine „kollektive Friedenspolitik“ die Wiedervereinigung eines freien und demokratischen Deutschland herbeizuführen und zu sichern. Das Deutschlandproblem sei das Kernproblem Europas, und nur ein in Freiheit vereinigtes Europa könne eine Garantie gegen Krieg und Not bilden. Schuman forderte die Delegierten auf, sich zu vergewissern, welchen Vorteil Gespräche von Mann zu Mann haben könnten, und sprach die Hoffnung aus, daß der Vorschlag des französischen Staatspräsidenten Auriol für ein Treffen der Regierungschefs der vier Großmächte in Paris im Interesse des Friedens Früchte tragen möge.

Wjatschinski, dessen Antrag, zum zweiten Male das Wort zu ergreifen zu dürfen, von der Versammlung genehmigt worden war, unterbreitete einen Vier-Punkte-Alternativplan, der folgendes vorsieht:

1. Die UN-Ausschüsse für herkömmliche Waffen und für Atomenergie sollen eine Konvention zur Ächtung der Atomwaffen ausarbeiten, die dem Sicherheitsrat bis spätestens 1. Februar 1952 unterbreitet wird. Diese Konvention soll bestimmen, daß Atomenergie in Zukunft nur noch für friedliche Zwecke verwendet werden darf. Die vorhandenen Atomwaffen-Produktionsstätten sollen beschlagnahmt werden.

2. Die fünf Großmächte setzen ihre Streitkräfte und den Vorrat ihrer Waffen inner-

halb eines Jahres nach Annahme der sowjetischen Resolution um ein Drittel herab.

3. Alle Staaten der Welt unterbreiten den UN innerhalb eines Monats nach Annahme der Resolution erschöpfende Auskunft über ihre Waffen einschließlich der Atomwaffen und über alle militärischen Stützpunkte im Ausland.

4. Eine internationale Kontrollbehörde wird gebildet, die dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen untersteht und für die Ausführung der Beschlüsse über das Atomwaffenverbot sowie die Waffenverringerung und für die Richtigkeit der Waffenbestandsaufnahme Sorge tragen soll.

Wjatschinski würzte seine Rede mit seinen üblichen sarkastischen Bemerkungen. So stellte er unter anderem fest, die Westmächte versuchten mit ihrem Abrüstungsplan, „den Wagen vor das Pferd zu spannen“. Dieser Plan, „der eben nichts anderes ist als ein Propagandamanöver“, sei „unbefriedigend und völ-

lig unannehmbar“. Gegen die Forderung der Westmächte, daß jeder Abrüstung die Beilegung der Feindseligkeiten in Korea vorausgehen müßte, legte er Protest ein.

Wjatschinski war, als er den Sitzungssaal im Palais de Chaillot betrat, von einer Französin eine lebende weiße Taube überreicht worden, die er mit einem breiten Lächeln in Empfang nahm und einem seiner Sekretäre weitergab. Die Spenderin erklärte, sie habe Wjatschinski nur „ein Symbol des Friedens“ überreichen wollen.

Trygve Lie, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, schloß die allgemeine Debatte mit einem Appell an die Außenminister aller Staaten, unverzüglich Verhandlungen zur Beendigung des „Kalten Krieges“ aufzunehmen. Er meinte, daß es mit Hilfe dritter Parteien möglich sein müsse, Ost und West zu fruchtbaren Verhandlungen über die Abrüstungen zusammenzuführen.

Luis Padilla Nervo, der Präsident der Generalversammlung, vertagte die Versammlung auf unbestimmte Zeit. Von den 80 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen hatten sich in der allgemeinen Debatte 51 zum Wort gemeldet — darunter die Sowjetunion zweimal. Der Politische Ausschuß sowie der zweite Politische Ausschuß treten am Samstag zusammen, um über ihre Tagesordnung zu beraten.

# Aegypten-England vor den UN

London und Kairo wollen Volksabstimmung im Sudan - Syrien gegen Nahost-Pakt

Paris (UP). Die Außenminister Syriens und Ägyptens lehnten vor der Generalversammlung der UN die Pläne der Westmächte zur Errichtung eines nördlichen Verteidigungskommandos ab. „Kein Plan, weder zur Verteidigung noch zum Schutz, kann dem Mittleren Osten von einer anderen Macht oder Mächtegruppe aufgezwungen werden“, erklärte der syrische Delegierte Faris el Kourl.

Die Pläne des Westens seien ohne Beispiel in den internationalen Gepflogenheiten und könnten durch diese auch keine Rechtfertigung erfahren. Faris el Kourl richtete dann an die Westmächte die Frage, ob sie etwa erwarteten, daß die Araber diese Pläne ruhig hinnehmen werden, während sich in der Suez-Kanal-Zone Schreckliches ereigne und die Resolution zur Rückführung der arabischen Vertriebenen nach Palästina ohne jegliche Unterstützung von seiten der Westmächte bleibe.

Der ägyptische Außenminister Salah el Din stellte fest, daß die Vorgänge in der Suez-Kanal-Zone einem „richtigen Krieg“ gleichkämen. Die Engländer würden nicht einmal auf Frauen und Kinder Rücksicht nehmen. Er gab einen detaillierten Überblick über die Ereignisse in der Suez-Kanal-Zone und sagte unter dem Hinweis auf die Beschuldigungen, die der amerikanische Außenminister Acheson gegen Ungarn und die Tschechoslowakei wegen begangener Verletzungen der allgemeinen Menschenrechte vorbrachte: „Ich wäre neugierig, wie Acheson die Scheußlichkeiten bezeichnen würde, die von seinen britischen Freunden in der Suez-Kanal-Zone begangen werden“.

Dr. Mahmud Bey, der Sprecher der ägyptischen Delegation, teilte in einer Pressekonferenz in Paris mit, Ägypten sei bereit, der Entsendung einer UN-Kommission in der Sudan zuzustimmen. Diese Kommission könnte die Verwaltung des Sudan übernehmen und eine Volksabstimmung über die Zukunft des Landes vorbereiten. Ägypten schlägt vor, die Sudan-Frage in drei Phasen zu lösen. 1. Abzug aller britischen und ägyptischen Beamten und Soldaten. 2. Übernahme der Verwaltung durch eine UN-Kommission. 3. Abhaltung einer Volksabstimmung unter der Kontrolle einer UN-Kommission.

Maßgebende britische Kreise erklärten hierzu, Großbritannien sei bereit, die Frage einer Volksabstimmung im Sudan ernsthaft zu prüfen, falls die ägyptische Regierung Großbritannien einen formellen dahingehenden Vorschlag mache. Ägypten habe die Möglichkeit einer Volksabstimmung in dem umstrittenen Gebiet bereits in Unterhaltungen mit dem britischen Botschafter in Kairo erwähnt, habe sich aber noch nicht konkret geäußert. Eine Gruppe von Stammesfürsten und Mitgliedern der sudanesischen gesetzgebenden Versammlung veröffentlichten eine Erklärung, in der sie im Namen von 70 Prozent der Bevölkerung des Sudans eine baldige Unabhängigkeit forderten.

Ahmed Hussein, ein führendes Mitglied der sozialistischen Bewegung Ägyptens, stellte die Forderung, die ägyptische Regierung solle die diplomatischen Beziehungen zu Großbrit-

annien abbrechen, wenn sich die britischen Truppen nicht unverzüglich aus der Suezkanal-Zone zurückzögen. Wenn die Wafr-Regierung innerhalb der nächsten 15 Tage nicht handele, werde die sozialistische Regierung eine aktive Oppositionsbewegung entfesseln.

Das ägyptische Außenministerium hat den diplomatischen Vertretern in Kairo offiziell mitgeteilt, daß der Titel Faruks jetzt „König von Ägypten und dem Sudan“ laute. Jeder Staat, der einen Botschafter oder Gesandten nach Ägypten entsende, müsse damit die ägyptische Souveränität über den Sudan anerkennen. Großbritannien und die USA haben bereits offiziell bekanntgegeben, daß sie Faruk nur als König von Ägypten anerkennen. Bisher haben nur Jemen und der Libanon den neuen Titel anerkannt.

Mohammedanische Geistliche erneuerten in ganz Ägypten ihre Appelle zum „heiligen Krieg“ gegen Großbritannien, während es in der Kanalzone zu mehreren Zwischenfällen kam, bei denen es mehrere Verletzte gab.

**Palästina-Konferenz erfolglos abgebrochen**

Die von der Palästina-Kommission der Vereinten Nationen in Paris einberufene Konferenz zwischen Israel und den arabischen Staaten wurde nach wochenlangen ergebnislosen Verhandlungen über eine Friedensregelung zwischen den beteiligten Mächten abgebrochen, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wurde. Die Kommission wird über ihre erfolglosen Verhandlungen einen Bericht ausarbeiten und ihn der UN-Vollversammlung vorlegen, die dann über die weiteren Schritte zu entscheiden hat.

**UN geben Neutralitätsverletzung zu**

**Untersuchung der Tötung von Gefangenen**

Seoul (UP). Die letzte Sitzung des Untersuchungsausschusses der Waffenstillstandskommission in Pan Mun Jon brachte, obwohl sie mit einer Dauer von fünf Stunden und 10 Minuten die bisher längste war, wiederum keine Ergebnisse. Zu Beginn der Sitzung mußten die UN-Delegierten zugeben, daß ein Flugzeug der Alliierten das „neutrale Gebiet“ über Pan Mun Jon überflogen und damit gegen die Abmachungen verstoßen habe. Da sich das Wetter etwas besserte, unternahm die UN-Luftstreitkräfte 230 Angriffe auf Eisenbahnanlagen, Artilleriestellungen und Flugplätze in Nordkorea. An der Front kam es wegen Nebel und Regen zu keinen größeren Kampfhandlungen.

Oberst Hanley wiederholte seine Behauptung, die Kommunisten hätten alliierte Kriegsgefangene getötet. General Ridgway hat einen hohen Offizier nach Pusan geschickt, der die Angelegenheit untersuchen und feststellen soll, wer die Meldung freigegeben habe. Der Nachrichtenoffizier der 8. Armee hat sich ebenfalls nach Pusan begeben, um festzustellen, wie der Bericht durch die Zensur gelangte. Ein Sprecher des Foreign Office gab bekannt, die britische Regierung habe die USA um die Zusendung eines Berichts über die angeblich stattgefundenen Ermordung Kriegsgefangener gebeten.

# Vereinigung Europas ist dringend

Jahreskongreß der Europa-Union - Föderation nicht nur auf militärischer Basis

Frankfurt (UP). Der Jahreskongreß der Deutschen Europa-Union wurde in der Frankfurter Paulskirche mit einer Reihe von Ansprachen ausländischer und deutscher Gäste feierlich eröffnet. In allen Reden wurde darauf hingewiesen, daß nur noch wenig Zeit vorhanden sei, eine kontinentale europäische Föderation mit einer übergeordneten politischen Zentralinstanz zu schaffen, ohne die eine europäische Armee völlig nutzlos sein würde.

Der Präsident der Deutschen Europa-Union, Dr. Eugen Kogon, forderte als erste politische Basis für ein vereinigtes Europa eine „Minimalverfassung“ für alle Länder, die an der Kontinental-Föderation teilnehmen wollen. Er verlangte ferner die Schaffung von vier übernationalen Behörden mit „beschränkter, aber echten Vollmachten“ auf den Gebieten der Außenpolitik, der Verteidigung und der Wirtschaft, sowie einen übernationalen europäischen Gerichtshof. Man müsse sich darüber im Klaren sein, daß Europa zum Untergang bestimmt sei, wenn es seine Verteidigung allein auf Soldaten aufbaue und nicht auf politischen Voraussetzungen. Auch werde niemand ernstlich wünschen können, daß eine Europa-Armee auf die Dauer von amerikanischen Militärs geleitet wird. Die Initiative zur Gestaltung Europas könne nur von Frankreich ausgehen, doch werde die Verwirklichung entscheidend von der Haltung Deutschlands abhängen. Es sei bedauerlich, daß — obwohl die Völker längst von ganzem Herzen ein vereintes Europa herbeisühten, — der Hauptwiderstand von den nationalen Parlamenten ausgehe.

Mrs Francis Josephy (Großbritannien), ehemals Parlamentsabgeordnete der Liberalen Partei, warnte vor einem übertriebenen Optimismus hinsichtlich der Haltung Churchills zum europäischen Gedanken, denn Churchill habe in dieser Frage nicht die konservative Partei hinter sich. Es sei besser, wenn die anderen europäischen Staaten allein vorgingen und ohne Großbritannien so schnell wie möglich die europäische Föderation zu verwirklichen suchten.

**USA wollen Übergangshilfe gewähren**  
**Acheson traf Pleven — Französischer Bergarbeiterstreik beendet**

Paris (UP). Der amtierende Sonderbeauftragte für den Marshallplan, Porter, bestätigte auf einer Pressekonferenz, daß die USA gegenwärtig mit verschiedenen Nationen Verhandlungen über die Gewährung einer Übergangshilfe auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet führen. Es sei durchaus möglich, daß ein Teil der bisher nicht verteilten 850 Millionen Dollar den Staaten, die um Unterstützung gebeten haben, noch vor dem Wiederkommerntritt des amerikanischen Kongresses im Januar 1952 zur Verfügung gestellt werde.

Großbritannien habe bereits zu erkennen gegeben, daß es einen Betrag von wenigstens 300 Millionen Dollar als sofortige Hilfe gebrauchen könne. Über den Bedarf Frankreichs haben Außenminister Acheson, Averell Harriman und andere leitende amerikanische Regierungsbeamte mit dem französischen Ministerpräsidenten Pleven und mehreren Mitgliedern seines Kabinetts gesprochen. Diese Unterredung verlief, wie sich Verteidigungsminister Bidault ausdrückte, für Frankreich ermutigend.

Der französische Finanzminister Rene Mayer unterrichtete die Nationalversammlung über die vom Kabinet beschlossenen Maßnahmen, die es Frankreich unter Einschränkung der Dollar-Importe auch weiterhin ermöglichen sollen, den militärischen Verpflichtungen gegenüber der westlichen Welt nachzukommen. Frankreich, so führte er aus, könne nicht zu gleicher Zeit einen Nachkriegsaufbau fortsetzen, an der Aufrüstung der westlichen Welt teilnehmen und den Krieg in Indochina fortführen, ohne eine wesentliche Unterstützung der USA zu erhalten.

Der Streik der nordfranzösischen Kohlenarbeiter wurde mit dem Beschluß des kommunistischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes CTG, die Arbeit in den Kohlegruben wieder aufzunehmen, beendet. Am viertägigen Streik, der einen Produktionsausfall von mehr als 300 000 Tonnen Kohle verursachte, beteiligten sich 160 Bergleute.



Drei Nobelpreisträger 1951  
Der französische Gewerkschaftsführer Leon Jouhaux (Mitte) erhielt den Friedenspreis, Dr. Max Theiler, New York, (rechts) den Preis für Medizin u. Physiologie, der schwedische Dichter Paer Lagerkvist den Preis für Literatur



### Umschau in Karlsruhe

**Köhler-Helferich soll Rundfunk verbessern**  
 Karlsruhe (ld). Der jetzige Intendant des Hessischen Staatstheaters in Wiesbaden und Sohn des früheren württemberg-badischen Finanzministers, Köhler-Helferich, hat sich bereit erklärt, den seit längerer Zeit diskutierten Posten des Leiters des Rundfunks in Nordbaden zu übernehmen. Köhler-Helferich wurde vom Verwaltungsrat des Süddeutschen Rundfunks in Vorschlag gebracht. Die letzte Entscheidung, mit der in Kürze zu rechnen ist, fällt der Stuttgarter Intendant Dr. Eberhard. Die bisher getrennt voneinander arbeitenden beiden nordbadischen Studios in Karlsruhe und Heidelberg sollen künftig unter eine Leitung kommen. Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind der Ansicht, daß dieser Posten nur mit einer künstlerisch qualifizierten Persönlichkeit besetzt werden darf. Die Intendant in Stuttgart wäre sicher bereit, einem besseren Programm aus Nordbaden auch eine größere Sendezeit im Rahmen des Gesamtprogrammes zur Verfügung zu stellen.

**Kabel-Diebesbande festgenommen**  
 Ein guter Fang der Karlsruher Kriminalpolizei Karlsruhe (lwb). Die Karlsruher Kriminalpolizei konnte eine aus 11 Personen bestehende Diebesbande verhaften, die in ganz Nordbaden insgesamt 45 Kabeldiebstähle verübt hat. Den Dieben waren bei ihren Raubzügen etwa 7000 kg Kupferdraht in die Hände gefallen. Bei den meisten der Täter handelt es sich um bekannte Dauerbesucher von Beate-Clubs in Karlsruhe.

**Neuinszenierung im Badischen Staatstheater**  
 Bis zum Ablauf des Jahres bringt das Badische Staatstheater Karlsruhe noch acht Neuinszenierungen heraus. In der Oper werden „Jenufa“ von Leos Janacek mit Kammerängerin Paula Baumann in der Titelrolle und „Hänsel und Gretel“ von Engelbert Humperdinck, in der Operette „Walzerzauber“ in der Bearbeitung von Werner Göttig als Karlsruher Erstaufführung und am 31. Dezember „Maske in Blau“ von Fred Raymond aufgeführt. Im Schauspiel werden Franz Molnar „Spiel im Schloß“, die „Komödie der Irrungen“ von William Shakespeare, „Die leichten Herzens sind“ von Emyln Williams und das Kindermärchen „Der gestiefelte Kater“ von K. A. Herrmann einstudiert.

**Wanderausstellung „Das neue Schulhaus“**  
 Die von der Pädagogischen Arbeitsstelle Karlsruhe in Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule veranstaltete Ausstellung „Das neue Schulhaus“, die während ihrer Dauer allein in Karlsruhe über 15 000 Besucher zählte, geht als Wanderschau im Januar nach Mannheim, anschließend daran nach Freiburg, Ravensburg und München.

### Aus der badischen Heimat

**„Woche des Journalismus“**  
 Heidelberg (UP). Das Amerika-Haus und die Universität in Heidelberg veranstalten in Heidelberg eine „Woche des Journalismus“. Leitende amerikanische Beamte der Abteilung für öffentliche Angelegenheiten und des Informationsdienstes in der amerikanischen Hochkommission, amerikanische und deutsche Journalisten, Publizisten und Schriftsteller werden vor allem über den amerikanischen Journalismus referieren.

**„Übergesetzliche“ Lehrstellen beantragt**  
 Heidelberg (lwb). Der Heidelberger Stadtrat hat einen Antrag angenommen, in dem die Kultusverwaltung in Karlsruhe ersucht wird, der Errichtung von 12 Übergesetzlichen Lehrstellen an den Volks- und Mittelschulen Heidelbergs zuzustimmen. Bürgermeister Amann begründete den Antrag mit der Feststellung, daß die Zahl der Schüler in Heidelberg gegenüber 1939 um 38,4 Prozent angestiegen sei. Im gleichen Zeitraum sei die Zahl der Lehrstellen jedoch nur um 17,7% erhöht worden. Als einen weiteren Grund für die Notwendigkeit einer Vermehrung der Lehrstellen bezeichnete Amann den außergewöhnlich hohen „Krankheitsstand“ des „überalterten“ Heidelberger Lehrkörpers.

**365 Jahre Universität Heidelberg**  
 Heidelberg (lwb). Aus Anlaß des 365-jährigen Bestehens der Universität Heidelberg findet am kommenden Donnerstag in der Aula der neuen Universität ein Festakt statt, mit dem die feierliche Verpflichtung der neueingeschriebenen Studenten verbunden ist.

**Wettlustiger fraß 15 Regenwürmer**  
 Wertheim (swk). In Röttingen trieb die sinnliche Wetterlei zwischen jungen Burschen eine tolle Blüte. Einer von ihnen erklärte, daß er Regenwürmer essen könne. Für jeden verpesteten Wurm bot man ihm eine Mark. Gestagt — getan. Bald schlängelten sich 15 Regenwürmer auf dem Teller, den seine Freunde ihm vorsetzten. Und ehe sie sich versahen, hatte der sture Wetter die 15 Dingerchen verschluckt. Prompt wurde er ihm nachher sterbensübel. Für die gewonnenen 15 Mark mußte er sich das schon gefallen lassen.

### Neues Zellstoffwerk in Mannheim

20 Millionen DM Staatsgarantie  
 Mannheim (ld). Die württemberg-badische Regierung hat sich, wie vom Vorsitzenden des Finanzausschusses des Landtages, Alex Möller, bekanntgegeben wurde, bereit erklärt, dem bei der Zellstoff-Fabrik Mannheim-Waldhof geplanten neuen Werk zur Herstellung von 90 000 Tonnen Sulfat-Zellstoff jährlich eine Staatsgarantie in Höhe von 20 Millionen DM zu geben. Die Durchführung des Projektes, mit der die Zurückverlegung des Sitzes der Zellstoff-Fabrik Waldhof von Wiesbaden nach Mannheim verknüpft sein wird, erfordert insgesamt 100 Millionen DM. Wie bekannt wird, will die Zellstoff-Fabrik Waldhof 25 Millionen DM aufrufen, an der restlichen Finanzierung wollen sich unter anderem zwei Versicherungsgesellschaften beteiligen.

Für das neue Werk, das neben Sulfat-Zellstoff auch Papiersack und Karton herstellen will, hatte man sich von bayrischer Seite stark interessiert und erhebliche Zugeständnisse gemacht, falls sich das Unternehmen innerhalb der blau-weißen Grenzpfähle ansiedeln würde. Die Werksleitung hält aber Mannheim wegen seiner Verkehrsverbindungen günstiger. Hinzu kommt die von der Stuttgarter Regierung zugesagte finanzielle Unterstützung, die aber — wie der Vorsitzende des Finanzausschusses erklärt — nur dann möglich ist, wenn es zu der geplanten Vereinigung der Länder Württemberg und Baden kommt.

**Omnibusverkehr Mannheim—Lampertheim?**  
 Mannheim (lwb). Der Ortsausschuß des DGB in Lampertheim hat bei einer Stadtverordnetenversammlung die Einrichtung einer Omnibuslinie zwischen Mannheim und Lampertheim beantragt. Die Omnibuslinie soll von der Stadt Lampertheim eingerichtet werden. Die Einwohner der südhessischen Stadt Lampertheim klagen bereits seit längerer Zeit über schlechte Verkehrsverbindungen nach Mannheim.

### Großprojekt im Bau

Zweieinhalb Millionen für drei Brücken  
 Bretten (swk). Der Bau der 2,5 Kilometer langen Umgehungsstraße bei Diedelsheim macht rasche Fortschritte. Zwei Straßen- und eine Saalbachbrücke sind bereits fertiggestellt. Die Überbrückung der Eisenbahnstrecke Mühlacker—Bruchsal wird in den nächsten Tagen vollendet. Der Gesamtaufwand ist mit 2,5 Millionen DM veranschlagt. Die neue Straße soll bis Juli 1952 dem Verkehr übergeben werden. Bereits im kommenden Frühjahr hofft man den anschließenden Abschnitt, die nördliche Umfahrung der Stadt Bretten, in Angriff nehmen zu können.

**Prof. Schweitzer kehrt nach Lambarene zurück**  
 Königfeld (ld). Der bekannte Forscher und Arzt Prof. Dr. Albert Schweitzer kehrte vor kurzem in Königfeld im Schwarzwald, um sich von seiner Gattin, die im Schwarzwald zurückbleibt, zu verabschieden. Schweitzer hat die Rückreise nach seinem Urwaldhospital Lambarene in Französisch-Aquatorialafrika bereits angetreten. Er wird sich am 20. November in Le Havre einschiffen.

**Kreuz und quer durch Baden**  
 Heidelberg. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Hermann Höpker-Aschoff, wird auf Einladung der Philosophischen Fakultät im Wintersemester 1951/52 Gastvorlesungen über das Thema „Geld und Währung“ halten. (dpa)

**Pforzheim. Pforzheim hat 1951 für etwa 70 Millionen DM exportiert gegenüber 45 Millionen DM im Jahre 1950 und 18 Millionen Mark im Jahre 1949.** (lwb)

**Konstanz. In Anlehnung an den „Deutschen Bund für Bürgerrechte“ wurde in Konstanz ein „Forum für Bürgerrechte“ gegründet, das das Bewußtsein für staatsbürgerliche Rechte und Freiheiten stärken und den Verantwortungsbewußten Gemeinsinn fördern soll.** (ld)

## Um die Existenz der Nordbadener

Dr. Unser bedauert Vorwürfe Wohlbes

Karlsruhe (lwb/lws). Der Präsident der Landesbezirks Nordbaden, Dr. Unser, bedauerte die Äußerungen von Staatspräsident Leo Wohlbes, der ihn eines „Erpressungsversuches an den nordbadischen Wählern“ bezichtigt hatte. Dr. Unser vertrat die Ansicht, daß seine Äußerungen keine Verletzung des Paragraphen 16 des Neugliederungsgesetzes bedeuteten. Er habe nicht von einer beabsichtigten Änderung des Besitz- und Vermögensstandes im Falle eines Sieges der Nordbadener gesprochen, sondern von den laufenden freiwilligen Zuschüssen Württembergs, die bei einer Wiederherstellung der alten Länder wegfallen würden. Seine nüchternen und sachlichen Feststellungen, sagte Dr. Unser, seien nicht getroffen worden, um ein Wahlmanöver zu starten, sondern um allen Beteiligten unmißverständlich vor Augen zu führen, daß es bei der Abstimmung nicht nur um die „hochgepreiseten und mißbrauchten Gefühlswerte“ der Bevölkerung gehe, sondern um die nackte Existenz aller Bewohner Nordbadens und um ihre Zukunftsaussichten auf Jahrzehnte.

**Wohlbes stellt richtig**  
 Freiburg (lwb). Bei einem Empfang der

Chefredakteure badischer Heimatzeitungen wandte sich der badische Staatspräsident Leo Wohlbes gegen Pressemeldungen, nach denen er auf einer Kundgebung in Radolfzell gesagt haben soll, bei der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts habe die Stimme des Senatspräsidenten den Ausschlag gegeben. Er habe eine solche Äußerung nie getan, zumal er selbst wisse, daß bei Stimmengleichheit ein Antrag als gefallen gelte. Wogegen er sich gewandt habe, sei das eigenartige Verhalten des Gerichts, das sich für seine Begründung einmal ein Motiv und einmal den Buchstaben des Gesetzes ausgewählt habe.

Im Zusammenhang mit den alberten Flugplatzprojekten in Südbaden wandte sich Wohlbes gegen die in Bonn vertretene Ansicht, daß der Bund bei diesen Vorhaben nur für die Baukosten aufzukommen habe, während die übrigen Probleme, wie die Entschädigung der Grundbesitzer bei Landbeschlagnahmen, Sache der Länder seien. Wenn Baden, wie auch die übrigen Bundesländer, schon den Grund und Boden zur Verfügung stelle, so seien doch die daraus entstehenden Kosten Sache des Bundes.

## Bürkle-Ausschuß gibt Unfähigkeit zu

Kein Bericht für den Landtag - Drei Meinungen im Widerspruch

Stuttgart (lwb). Der Untersuchungsausschuß des Landtags über den Kreditfall Bürkle beendete rund 10 Monate nach seinem ersten Zusammentritt seine Beratungen, ohne eine einheitliche Auffassung über die Frage der Verantwortlichkeit der Staatsaufsicht für den Kreditfall erreicht zu haben. Der Ausschuß beschloß mit sechs zu fünf Stimmen, dem Landtag überhaupt keinen Bericht über die Schlussfolgerungen vorzulegen, die aus dem Fall Bürkle zu ziehen sind. Lediglich der bereits seit längerer Zeit vorliegende Bericht, der die vom Ausschuß festgestellten Tatsachen über die Kreditgewährung zusammenfaßt, wird dem Landtag nach Bedienung durch einen vierköpfigen Untersuchungsausschuß unterbreitet werden.

Während der letzten Sitzung ergab sich, daß auch innerhalb der sogenannten Ausschußmehrheit — SPD und DVP — keine einheitliche Auffassung über die Verantwortung für den Fall Bürkle mehr besteht.

Übereinstimmend wurde der Freie erklärt, daß es nunmehr drei Meinungen innerhalb des Ausschusses über den Fall Bürkle gebe: die Meinung der SPD, der DVP und die einheitliche Meinung der CDU und DG-BHE. Die Ausschußmitglieder werden nunmehr ihre Auffassungen über den Kreditfall

ihren Fraktionen unterbreiten, die dann entsprechende Anträge an den Landtag stellen werden. Der Landtag wird den Fall Bürkle nicht vor der Rückkehr von Innenminister Fritz Ulrich aus den USA in zwei bis drei Wochen behandeln.

Wie nach der Sitzung bekannt wurde, entstand die Meinungsverschiedenheit zwischen der DVP und der SPD über den Kreditfall in erster Linie auf Grund der Vernehmungen über die Bankenaufsicht durch das Finanzministerium, die der Ausschuß auf seiner vorletzten Sitzung vernahm.

**Die Girokasse hat Angst**  
 Die Stadt Girokasse Stuttgart hat sich in einem Schreiben an den Untersuchungsausschuß des Landtags gegen die Auffassung gewandt, daß die Kasse selbst die zivilrechtlichen Ersatzansprüche gegen die Verantwortlichen im Fall Bürkle stellen müsse. Sie betonte, daß das Innenministerium als Aufsichtsbehörde diese Ansprüche geltend zu machen habe. Ein Vertreter des Innenministeriums erklärte dagegen in der Sitzung des Ausschusses, daß das Innenministerium nur für die zivilrechtlichen Ansprüche gegen Mitglieder des Verwaltungsrats der Girokasse zuständig sei. Zivilrechtliche Ansprüche gegen die ehemalige Direktion der Kasse müsse jedoch der Verwaltungsrat selbst stellen.

### Aus den Nachbarländern

**Steuerermäßigungen für wertvolle Filme?**  
 Stuttgart (lwb). Die württemberg-badische Landesregierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf über Vermögenssteuerermäßigungen für mit dem Prädikat „wertvoll“ ausgezeichnete Filme vorgelegt. Das Innenministerium und das Finanzministerium des Landes sollen ermächtigt werden, diese Ermäßigungen durch Rechtsverordnungen zu bestimmen.

**Die Gewerkschaft droht Lohnforderungen contra Mieterhöhungen**  
 Stuttgart (UP). Neue Lohnforderungen als Folge der vorgesehenen Erhöhung der Altbaukosten kündigte der württemberg-badische Gewerkschaftsbund an. Genau wie der Brotpreis sei auch die Miete ein politischer Preis. Eine Erhöhung der Mieten müsse zwangsläufig den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung weiter herabdrücken. Deshalb könne man es den Gewerkschaften nicht verdenken, wenn sie hieraus die einzig mögliche Forderung zögen, um das Lebensniveau der Arbeiter zu stabilisieren.

**Zuerst Scheidung — dann Mordversuch**  
 Mühlacker (lwb). Ein 34-jähriger Weber, der vor wenigen Tagen von seiner Frau geschieden worden war, lauerte ihr auf der Straße Mühlacker—Lomersheim mit einer Axt auf, um sie zu erschlagen. Passanten, die auf die Hilferufe der Frau herbeigeeilt waren, konnten den Mann an der Ausführung seiner Tat hindern. Der Täter, der noch flüchtig ist, hatte nach der Scheidung geäußert, er wolle seine geschiedene Frau töten und anschließend Selbstmord begehen.

**Schwachsinnigen Sohn mißhandelt**  
 Schwäb. Hall (lwb). Ein Ehepaar aus Hesselthal, das einen 22-jährigen schwachsinnigen Sohn unmenslich behandelt hatte, wurde vom Heilbronner Schwurgericht zu vier Monaten Gefängnis, bzw. 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Kranke wurde nicht nur mit Essen knapp gehalten, sondern auch im Keller, auf dem Dachboden und im Klosett eingesperrt. Ebenso wurde die Einlieferung in eine Heil- und Pflegeanstalt verhindert.

**Taschendieb hatte Pech**  
 Wangen, Allgäu (ld). Auf dem Jahrmärkte in Wangen wurde ein Taschendieb gefaßt, der offenbar „planmäßig“ die oberschwäbischen Märkte unsicher machte. Bei einem Diebstahl, bei dem ihm 80 DM in die Hände gefallen waren, wurde er von einer Frau erkannt, die zugegen war, als der gleiche Mann nach einem Taschendiebstahl auf dem Jahrmärkte in Leutkirch hatte entkommen können. Man fand bei dem Dieb fast 1000 DM. Allein in Leutkirch waren ihm bei vier Diebstählen 400 DM in die Hände gefallen.

### Aktive Monatsbilanz im Europahandel

**EZU-Schuld erheblich zurückgegangen — England schränkt Importe aus Deutschland ein**  
 Die Bundesrepublik und Italien konnten im Oktober im Verrechnungsverkehr mit der Europäischen Zahlungsunion einen beträchtlichen Zahlungüberschuß erzielen. Demgegenüber ergab sich auf den Konten von Frankreich und Großbritannien ein erhebliches Verrechnungsdefizit. Wie bekannt wird, betrug der Ausfuhrüberschuß der Bundesrepublik im Berichtsmonat 96 Millionen Dollar. Damit hat die Bundesrepublik sieben Monate hintereinander eine aktive Monats-Verrechnungsbilanz aufzuweisen, nachdem ihre Verschuldung im Februar dieses Jahres mit 469 Millionen Dollar einen Höchststand erreicht hatte. Die Schuld Westdeutschlands gegenüber der EZU ist somit auf etwas mehr als 10 Millionen Dollar zurückgegangen.

Demgegenüber wird auf den EZU-Konten Großbritanniens allein für Oktober ein Einfuhrüberschuß von 249 Millionen Dollar ausgewiesen, wodurch sich die Gesamtverschuldung auf 291 Millionen Dollar erhöht hat. Frankreich verzeichnete im Berichtsmonat ein Defizit von 168 Millionen Dollar. Diese Entwicklung der französischen und britischen Zahlungsunion-Bilanz hat ihre Ursache in erster Linie in dem Bestreben dieser beiden Staaten, Dollär-Devisen zu sparen. Aus diesem Grunde haben sie ihre Einfuhren aus dem Dollarraum eingeschränkt und stattdessen das Importvolumen aus den anderen Mitgliedstaaten der EZU erhöht.

Die britische Regierung hat bereits angekündigt, daß sie Import-Restriktionen erlassen will, um eine weitere Erhöhung des EZU-Defizits zu vermeiden. Diese werden, wie ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums erklärte, den Export westdeutscher Fertigwaren, vor allem die Ausfuhr von Drogen und Arzneimitteln, von Schreib- und Registriermaschinen sowie von Maschinen für die Lebensmittel- und Getränkeherstellung und Solinger Schneidwaren nach Großbritannien erheblich beeinträchtigen. Andere Exportartikel, die unter die britischen Beschränkungen fallen, sind Papier, Pappe, ätherische Öle, Lederwaren, Möbel, Teppiche, Schuhwaren, verarbeitete Pelze und Bekleidungsgegenstände.

In westdeutschen Betrieben, die bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften pflichtversichert sind, ereigneten sich im Jahre 1950 insgesamt 984 000 Unfälle, darunter 4700 tödliche. Der für die Wirtschaft entstandene Schaden beträgt rund 400 Millionen DM.

# Gewinne ohne Risiko!

## Prämien-Schatzanweisungen der Bundesrepublik Deutschland (Baby-Bonds)

geben Ihnen die Möglichkeit, 5 Jahre lang in jedem Vierteljahr große Gewinne zu erzielen.

Sie können **jedesmal** gewinnen:

**50 000 DM** oder **25 000 DM** oder **10 000 DM** oder **1 000 DM** oder **500 DM**

Nächste Ziehung am 1. Dezember 1951

aber Sie können nichts verlieren, denn Sie erhalten auf alle Fälle nach 5 Jahren Ihren Einsatz zurück! Was wollen Sie noch mehr? — Sichern Sie sich also beizeiten so einen Baby-Bond. Für 10.- DM bei allen Kreditinstituten und Postämtern erhältlich.



# SPORT-NACHRICHTEN DER EZ

## Wer wird im Süden Herbstmeister?

Nürnberg und VfB Stuttgart erste Anwärter

In Süddeutschlands 1. Liga geht es mit Riesenschritten der Herbstmeisterschaft entgegen, die in vier Wochen entschieden sein wird. Die besten Aussichten haben der 1. FC Nürnberg und der VfB Stuttgart. Die Nürnberger haben allerdings in den vier noch ausstehenden Spielen leichtere Gegner als die Stuttgarter, die noch zum „Club“ und zu den Münchner „Löwen“ müssen. Dafür haben aber die Stuttgarter in der Rückrunde alle Mannschaften der ersten Tabellenhälfte bei sich zu Gast. In Nürnberg empfängt der „Club“ am Sonntag die Frankfurter Eintracht und sollte dort ebenso zu einem knappen Erfolg kommen, wie der VfB Stuttgart zu Hause gegen Schweinfurt 05. Der VfB Mühlburg muß bereits am Samstag in Waldhof antreten. Eine kleine Überraschung in Gestalt einer Punkteteilung der Achten von Waldhof ist nicht ausgeschlossen. Hart wird von den Verfolgern um die Punkte gerungen werden. Den Offenbacher Kickers und den Münchner „Löwen“ sind zu Hause gegen Fürth und Aachaffenburg die besseren Chancen einzuräumen. Die Stuttgarter Kickers dürften am Samstag beim FSV kaum zu ihrem ersten Auswärtssieg kommen. Eine Punkteteilung wäre schon ein Erfolg für die Stuttgarter. In Augsburg warten die Schwaben gegen den VfR Mannheim auf ihren dritten Erfolg, der sie endlich aus dem Abstiegszoo befreien soll. Das Schlüsselspiel Neckarau hat die Münchner Bayern zu Gast, also die Mannschaft, die bisher am meisten enttäuschte. Ein Sieg der Bayern an der Allriper Fährle ist auch diesmal unwahrscheinlich.

**Es spielen: Samstag:** FSV Frankfurt gegen Stuttgarter Kickers, Waldhof Mannheim — VfB Mühlburg. **Sonntag:** VfB Stuttgart gegen Schweinfurt 05, VfL Neckarau — Bayern München, Kickers Offenbach — SpVgg. Fürth, 1909 München — Viktoria Aachaffenburg, 1. FC Nürnberg — Eintracht Frankfurt, Schwaben Augsburg gegen VfR Mannheim.

## Keine Änderung zu erwarten

Um will vorne bleiben

Nachdem die Spitzenreiter in Süddeutschlands 1. Liga ihre Auswärtsspiele sicherer als erwartet gewonnen, wäre, es schon eine große Überraschung, wenn das Spitzenquartett am Sonntag nicht zu klaren Heimerfolgen kommen könnte. Die Ulmer dürften sich ihren ersten Platz kaum entziehen lassen. Gegen Bamberg sollte ein sicherer Heimerfolg möglich sein. Auch die punktgleichen Mannschaften von Bayern Hof und Heusen Kassel müßten ihre Heimsiege gegen den FC Freiburg und den SV Wiesbaden sicher gewinnen. Mit zum Spitzenquartett gehört der BC Augsburg, der dieses Mal den ASV Feudenheim traktieren wird. Besonders pikant ist die Begegnung des ASV Cham gegen den ASV Durlach, die völlig offen ist. Darmstadt dürfte mit John Regensburg nicht lange fackeln. Die beste Gelegenheit, weiter nach vorne zu stoßen, eröffnet sich dem SSV Reutlingen, der auf Straubing trifft. Auch die Pforzheimer werden gegen Singen 04 mit fest geschnürten Schuhtiefeln antreten. Das Schlüsselspiel Aalen wartet immer noch auf den zweiten Sieg, der gegen Wacker München zu Hause nicht unwahrscheinlich ist.

**Es spielen: SSV Reutlingen — TSV Straubing, VfR Aalen — Wacker München, TSG Ulm 46 gegen 1. FC Bamberg, 1. FC Pforzheim — FC Singen 04, BC Augsburg — SV Feudenheim, Heusen Kassel — SV Wiesbaden, Darmstadt 98 gegen John Regensburg, Bayern Hof — FC Freiburg, ASV Cham — ASV Durlach.**

## Holstein Kiel und Schalke drängen

**1. Liga Nord:** HSV — Eintracht Braunschweig, VfL Osnabrück — FC St. Pauli, Holstein Kiel — Werder Bremen, Hannover 96 gegen Göttingen 05, Bremer SV — Elmsbüttel, Concordia Hamburg — Viktoria Hamburg, Bremerhaven 93 — Arminia Hannover.

**1. Liga West:** Rotweiss Essen — Meldericher SV, Schalke 04 — Bayer Leverkusen, Preußen Münster — Alemannia Aachen, Düsseldorf gegen Schwarzweiss Essen, Hamborn 07 — STV Horst Borussia Dortmund — Dellbrück, Erkenschwick gegen Katernberg, 1. FC Köln — Rheydter SV.

## Friedrichsfeld kann sich Luft schaffen

Verteiler stehen vor schwierigen Spielen  
Das Hauptinteresse in Nordbadens 1. Amateurliga beanspruchen im Augenblick die Begegnungen der folgenden Mannschaften, von denen Fried-

richsfeld die leichteste Aufgabe mit dem Heimspiel gegen VfR Pforzheim zu bewältigen hat. Da gleichzeitig die hartnäckigsten Verfolger Schwetzingen und Daxlanden aus fremden Plätzen spielen müssen, können die Germanen gegenüber diesen Vereinen etwas Vorsprung gewinnen. Schwetzingen läuft bei dem bei sechs Wochen unbesiegte Neuling in Kirrlach Gefahr, Spiel und Punkte zu verlieren. Daxlandens Chancen im Wildparkstadion des FC Phoenix sind nur gering. Ob der KFFV die Rohrbacher Hürde nehmen kann, hängt wohl in erster Linie von der Tagesform der Platze ab. Im Nachbarort Weinheim — Viernheim dürfte es eine Punkteteilung geben. Den bisher vom Pech verfolgten Birkenfeldern winkt auf eigenem Platz gegen Leimen eine klare Erfolgsmöglichkeit. Wenig Aussichten kann man den Brötlinger Germanen in der Rennstadt Hockenheim geben.

## Die Mannschaft gegen Württemberg

Für das Bundespokalspiel der Amateure Württemberg gegen Baden am 23. 11. in Heilbronn hat der Badische Fußballverband folgende Mannschaft nominiert: Brötlinger (Friedrichsfeld), Held (Phoenix Karlsruhe), Spankowsky (Birkenfeld), Sommerlat (Phoenix Karlsruhe), Schwabach (Leimen), Nonnenmacher (Brötlingen), Gröber (Weinheim), Schäfer (Waldhof), Beck (Daxlanden), Ehrmann (KFFV), Lichter (Phoenix Karlsruhe), Als Ersatz sind Scheurer (KFFV) und Rhein (Viernheim) vorgesehen.

## Ringeroberliga beginnt mit Rückrunde

Nordbadens Ringeroberliga startet am Wochenende zur Rückrunde. Dabei gibt es folgende Paarungen: Gruppe A: ASC Grotzingen — KSV Wisental, Germania Bruchsal — TSV Weingarten, SV Brötlingen — SV Kirrlach Gruppe Nord: SV Ketsch — ASV Lampertheim, Eiche Sandhofen — RSC Viernheim, ASV Heideberg — ASV Feudenheim.

## Nur zwei Spiele in der Handballverbandliga

In der nordbadischen Handballverbandliga finden am Sonntag nur zwei Begegnungen statt, wobei man Rot-Weiß Ketsch einen Sieg zutrauen kann. Dagegen steht Hethem, gemessen zu den zuletzt gezeigten Leistungen, in Ketsch auf verlorenem Posten.

## Wieder deutscher Sechstagesieg

Das 4. Hannoverische Sechstagerennen endete mit dem Sieg der deutschen Mannschaft Ludwig Hörmann/Jean Schorn, vor Roth/Intra und Kübler/Saager.

Endklassament: 1. Hörmann/Schorn (Deutschland) 220 Punkte; eine Runde zurück: 2. Roth/Intra (Schweiz/Deutschland) 207; 2. Runden zurück: 3. Kübler/Saager (Schweiz/Deutschland) 208, 4. Plattner/Knöke (Schweiz/Deutschland) 210, 5. Gillen/Kilian (Luxemburg) 113, 6. Vooren/Ziege (Holland/Deutschland) 112; 3. Runden zurück: 7. Jacquemont/Mindy (Frankreich/Deutschland) 211; 5. Runden zurück: 8. Schauer/Zoll (Schweiz/Deutschland) 112; 10. Runden zurück: 9. Siefert/Holthöfer (Deutschland) 164 Punkte. Nur 9 von insgesamt 14 gestarteten Mannschaften beendeten das 143-Stunden-Rennen. Keine brach sich bei einem Sturz das Schlüsselbein und mußte aufgeben. Als Notdurft wegen Schwäche aufgeben mußte, bildete sein Partner Mlady mit dem Franzosen Jacquemont eine neue Mannschaft. Während des Rennens wurden insgesamt 3 328,190 km zurückgelegt. Die Durchschnittsgeschwindigkeit während der letzten Stunde betrug 44,440 Stdkm.

## Gesamtdieser Olympia-Arbeitsausschuß

Nach dreitägiger Beratung wurde von den Olympischen Komitees der Bundesrepublik und der DDR folgendes Kommuniqué herausgegeben: „Am 15. November trafen sich in Kassel die Delegation des NOK der Bundesrepublik Deutschland und des NOK der Deutschen Demokratischen Republik. Folgende Herren waren anwesend: für das NOK der Deutschen Bundesrepublik: Dr. Ritter von Halt, Dr. Bauwens, Dr. Danz und Willi Daume, für das NOK der Deutschen Demokratischen Republik: die Herren

Edel, Reichert und Ewald. Die Vertreter der Delegationen kamen überein, zur Entsendung einer gesamtdeutschen Mannschaft nach Oslo und Helsinki einen Arbeitsausschuß zu bilden, der sich aus vier Vertretern des Nationalen Olympischen Komitees der Deutschen Bundesrepublik und drei Vertretern des NOK der DDR zusammensetzt. Den Vorsitz in diesem Arbeitsausschuß führt Dr. Karl Ritter von Halt. In diesem Arbeitsausschuß gelten nur einstimmig gefällte Beschlüsse. In diesem Zusammenhang soll der Arbeitsausschuß auch über die Bildung eines gesamtdeutschen Olympischen Komitees beraten. Die erste Sitzung des Arbeitsausschusses findet am 26. November 1951 in Hamburg statt.“

## Neue Weltrekorde russischer Gewichtheber

Zwei neue Weltrekorde stellten in Polen weidende sowjetische Gewichtheber bei Wettkämpfen gegen polnische Mannschaften auf. Wie ADN meldet, verbesserte der Mittelgewichtler Juri Doganow den Weltrekord im rechtsarmigen Reißen auf 93 kg. In der leichten Schwergewichtsklasse schraubte Grigorij Nowak im beidarmigen Reißen seine eigene Bestleistung auf 133 kg.

## Ski-Langläufer haben Sorgen

Teilnahme in Oslo noch fraglich

Der Sportwart des Deutschen Skiverbandes, Dr. Stöber (Freiburg), wies bei einem Treffen der Schwarzwälder Skiläufer darauf hin, daß die Förderung des Langlaufes der Frauen in den Landesverbänden des Deutschen Skiverbandes eine große Chance für die Vereine bedeute, da in diesem jüngsten Skiwettkampfbereich die deutsche Spitzklasse noch sehr klein sei. Ähnliches gelte für die Ski-Dauerläufer. Auch hier dürfe die Förderung der Vereine sich lohnen, da seit über einem Jahrzehnt die deutschen Ski-Dauerläufer noch keine Vergleichsmöglichkeiten mit internationaler Konkurrenz hatten, sei es an den Schweizer Skiverband mit der Bitte heranzutreten, den Eugen-Winter-Gedächtnislauf am 12. Januar 1952 am Schanzenland international zu beschicken. Die Ergebnisse würden dann eventuell entscheidend dafür sein, ob Deutschland für den 30-km-Dauerlauf bei den Olympischen Winterspielen in Oslo eine Meldung abgeben wird oder nicht.

Der Referent für Sprunglauf im Skiverband Schwarzwald, Beckert (Neustadt), will in diesem Winter seine Springermannschaft wesentlich verjüngen. Durch grundlegendes Training, wie es der Sprunglauf erfordert, und in systematischen Kurzlehrgängen im ersten Feldbergschnee sollen die Schwarzwälder Springer weiler gefördert werden. Für die Langläuferinnen hat der Schwarzwälder Skiverband einen technischen Einweisungskurs vorgesehen. Bei den Alpinen sollen nicht nur die „Kanonen“, sondern auch der talentierte Nachwuchs durch Kurse gefördert werden. Fachwart Rominger (Freiburg), der die alpinen Schwarzwälder betreut, wird ab 7. Januar 1952 einen Trainingskurs im Feldberggebiet durchführen.

## Ostzonale Olympiadelegation kommt

Das Olympische Komitee der Sowjetunion gab bekannt, der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees der Bundesrepublik, Dr. Ritter von Halt, habe zu gemeinsamen Beratungen über die Aufstellung einer deutschen Mannschaft für die Olympischen Spiele in Helsinki für den 15. November in Kassel eingeladen. Dr. Ritter von Halt habe damit eine Anregung der Sowjetunion-Verretung aufgegriffen. Das Olympische Komitee der Ostzone werde unter der Leitung seines Präsidenten Kurt Edel eine Delegation entsenden.

## Olympia-Ausscheidungen im Bobfahren

Der Deutsche Bob- und Schlittensportverband beschäftigte sich auf einer Tagung in Hahnenklee im Harz auch mit den Vorbereitungen auf die Olympischen Winterspiele in Oslo. Dort haben unsere Bobfahrer im Zweier und Vierer bekanntlich ihre Weltmeistertitel, die mit den Olympia-Konkurrenzen identisch sind, zu verteidigen. Man beschloß daher, die Ausscheidungen bei den Deutschen Meisterschaften im Zweierbob Anfang Januar in Hahnenklee und im Viererbob am 20. Januar in Garmisch-Partenkirchen im Rahmen der Internationalen Wintersportwoche

durchzuführen. Außerdem will man sich darum bemühen, aus der Schweiz je einen „Feierabend-Schlitten“ für Zweier- und Viererbob zu erhalten. Man rechnet damit, daß die Deviseneinnahmen hierfür erzielt werden. An Meisterschaftsterminen wurden noch bekanntgegeben: Deutsche Lenkrodelmeisterschaften am 2. Februar 1952, Deutsche Rodelmeisterschaften am 3. Februar 1952, jeweils in Hahnenklee; Europarodelmeisterschaften 26./27. Januar in Garmisch, Deutsche Rodelmeisterschaften 1953 in Schliersee, Deutsche Zweierbobmeisterschaft 1953 in Triberg-Schwarzwald und Viererbobmeisterschaft 1953 in Hahnenklee.

## Conny Rux siegte nach Punkten

Der Berliner Halbbantengewichler Conny Rux schlug Lloyd Barnett (Jamaika) über 19 Runden nach Punkten. In den ersten Runden konnte Barnett mit langgestochenen Linken imponieren. Im Verlauf des Kampfes wurde er jedoch müde und mußte Rux die Initiative überlassen, der mit genauen Schlägen immer wieder ins Ziel kam.

## Kunstturner gegen Südbaden

Am Samstag tilkt die badische Turnerschaft nach Nordbaden, wo in Mosbach die Biegen von Nord- und Südbaden sich gegenüberstehen werden. Dieses Turnertreffen ist das letzte große turnerische Ereignis in diesem Jahr in Baden. Die Ausrichtung des kleinen Länderkampfes hat der TV Mosbach übernommen, die Leitung liegt in den Händen von Landesoberturnwart Franz Bach. Die nordbadische Mannschaft, die von Peter Hafner, Mannheim, angeführt wird, tritt in folgender Besetzung an: Richard MCG (Mannheim-Sockenheim 90), Werner Böcker (TSV Hudenfeld), Helmut Marx (TV 46 Mannheim), Walter Breiwoz (TG Dietlheim), Rudi Mader (TV 46 Karlsruhe), Karl Nutzberger (TV 46 Heideberg), Heinz Eiler (Mannheim-Neckarau), K. Bohnenstengel (Brühlhausen) und Emil Anna (TV 46 Mannheim). Von Südbaden werden bisher die Namen Dilg, Fischer, Karg und Oser als Teilnehmer an diesem Vergleichskampf bekannt.

## Kurz — aber wichtig

Als erste deutsche Radsportler nach dem Krieg wurden die beiden Stuttgarter Amateure Hans-Joachim und Weidinger nach Dänemark eingeladen. Sie werden am 22. und 23. November zwei Rennen bestreiten.

Der Bund deutscher Radfahrer hält vom 23. bis 25. November in Karlsruhe seine diesjährige Hauptversammlung ab. Gleichzeitig tagten die „IRA“ und der „Verband deutscher Radrennbahnen“ in Karlsruhe.

## Wirtschaft in Kürze

Die „Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels“ hat den Ausschuß der deutschen Wirtschaft ersucht, gegen den Verkauf von Waren an „Privatpersonen“ auf Messen vorzugehen. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr veranstaltet am 13. und 14. November hier ihre diesjährige „Hauptabstimmungskonferenz Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke“.

Die Fischlandlungen an den deutschen Fischmärkten Bremerhaven, Cuxhaven, Hamburg und Kiel übertrafen im Oktober mit insgesamt 71 000 Tonnen das Vormonatsergebnis um mehr als 13 000 Tonnen. Der Fangerfolg betrug 24 Mill. DM gegenüber 19 Millionen DM im September.

Vom 23. April bis 4. Mai 1952 findet in Amsterdam eine „Internationale Zuckerausstellung“ statt. Die Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Belgien, die Schweiz und Großbritannien haben bereits ihre Teilnahme zugesagt.

Die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte hat sich von 1 079 000 am 30. Juni auf 1 068 000 am 30. September verringert.

Die Produktion von Walzstahl-Fertigerzeugnissen betrug im Oktober 1951 bei 27 Arbeitstagen 871 202 Tonnen gegenüber 798 273 Tonnen im September bei 25 Arbeitstagen.

Die deutschen Gewerkschaften stellen mit 19 Funktionären bei dem zur Zeit in New York stattfindenden Jahreskongreß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes „CIO“ die größte ausländische Delegation.

In Österreich sollen die Preise für Nahrungsmittel, Textilien, Seife und elektrische Geräte um 3 bis 20 Prozent ermäßigt werden. Die Politik der Preisoberabsetzungen hat schon zu einer Stabilisierung des Schillingkurses an den freien Devisenmärkten geführt.



ALLE WEGE führen zu Dir  
LIEBESROMAN AUS CHINA VON ANITA HUNTER

Copyright by Hamann-Meyerpress (21. Fortsetzung)

Sie hatten einen fremden chinesischen Dialekt gesprochen, und Huang Yu übersetzte für Professor Ashley, was sein Bote sagte.

„Er kommt ohne Wu Tang!“ sagte er, und seine Stimme zitterte ein wenig.

Erschrocken trat Professor Ashley näher. „Warum, Huang Yu, warum kommt Wu Tang nicht? Ich kann mir nicht denken...“

Der Mandarin hob die Hand. „Warum kommt du allein, Shang?“

„Wu Tang ist fort! Wu Tang ist — verschwunden!“

In diesem Augenblick trat die junge Chinesin näher, obwohl die alte Frau versuchte, sie zu hindern.

Huang Yu beachtete sie mit keinem Blick, er wäre gar nicht auf die Idee gekommen, daß eine chinesische Frau in seiner Gegenwart es wagen würde, ungefragt zu sprechen.

„Großer Mandarin“, begann sie. Aber Huang Yu fiel ihr ins Wort.

„Wer bist du?“ fragte er betremdet.

Die alte Chinesin, im Hintergrund des Saales sank erschrocken auf die Knie. Aber das junge Mädchen hatte keine Angst.

„Ich bin Lu Tai!“

Sie sagte es mit ungeheuren Stolz in der Stimme.

„Lu Tai!“ fragte Huang Yu und trat plötzlich einen Schritt näher.

„Lu Tai? Dann bist du Wu Tangs Mündel?“ Lu Tai nickte. Sie wußte es ja, daß man sie kannte, selbst der große Mandarin Huang Yu kannte also ihren Namen.

„Wo ist Wu Tang, wo ist dein Vormund?“ fragte Huang Yu. Aber Lu Tai schüttelte den Kopf.

„Ich habe eine lange Reise hinter mir. Willst du mir nicht Tee anbieten, großer Mandarin?“

Die junge Chinesin lächelte ihr süßestes Lächeln. Die großen, mandelförmigen Augen schienen ein wenig ironisch zu blicken. Lu Tai war keines dieser scheuen Sklavenswesen, wie Huang Yu sie in seiner Umgebung kannte.

Professor Ashley schmunzelte. Oliver Persham hatte sein Mündel gut erzogen, hatte aus ihm einen freien Menschen gemacht. Aber da er nicht wollte, daß eine Mißstimmung aufkam, beeilte er sich zu sagen:

„Wu Tang, oder besser: Oliver Persham, hat wohl europäische Methoden bei der Erziehung dieser jungen Dame angewandt?“

Er bot Lu Tai einen Stuhl an, die junge Chinesin dankte und setzte sich. Wie eine Fürstin sah sie aus, als sie jetzt aus Huang Yus Hand die Tasse in Empfang nahm.

Als die Teezeremonie vorüber war, sagte Lu Tai:

„Willst du mich nun fragen, Mandarin Huang Yu?“

„Wo ist Wu Tang?“

Die junge Chinesin hob ihr Gesicht dem Mandarin entgegen. Ihre Lippen zitterten, aber ihre Stimme klang fest, als sie jetzt sagte:

„Er ist fort. Schon seit einer Woche ist er fort. Er hat mich allein gelassen, aber ich weiß, wohin ihn sein Weg führte.“

„Wohin, Lu Tai?“ Die Stimme des Mandarins war scharf wie ein Messer.

„Er will deinen Sohn holen, Mandarin!“

Einen Augenblick lang war es totenstill in dem großen Saal. Man hörte nur Professor

Ashleys hastige Atemzüge. Die Asiaten zeigten keine äußeren Anzeichen von Unruhe, ihre gelben Gesichter waren maskenhaft starr. Und wieder mußte Professor Ashley diese ungeheure Selbstbeherrschung bewahren.

„Bist du hierher gekommen, um mir zu sagen, wo mein Sohn ist, Lu Tai?“

„Nein, großer Mandarin!“ Die Stimme Lu Tais klang fest.

„Stellst du Bedingungen?“

Unwillkürlich griff Huang Yu nach dem geschlitzten Kästchen, aus dem er die kostbare Kette genommen hatte.

Lu Tai sah diese Bewegung, und ein ironisches Lächeln glitt über ihre Züge.

„Ich stelle andere Bedingungen, großer Mandarin! Du mußt mir das Versprechen geben, daß du mit allen zur Verfügung stehenden Kräften Wu Tang helfen wirst. Und —“ sie machte eine kleine Pause, um die Bedeutung ihrer Worte zu unterstreichen, „du mußt mir erlauben, deinen Krieger zu folgen, wenn sie ausziehen, um deinem Sohn entgegenzuziehen. Wu Tang braucht deine Hilfe — denn seine Aufgabe ist schwer.“

Eine Weile schwieg Huang Yu. Er sah dieses seltsame chinesische junge Mädchen an, das da so ohne weiteres an ihn Forderungen stellte. Er hatte so etwas noch nie erlebt. Aber er hatte ja keine andere Wahl.

„Es sei, wie du sagst!“

„Die „Große Mutter“ hält deinen Sohn gefangen! Wu Tang hat es erfahren und ist nun auf dem Weg dorthin. Aber ich fürchte für ihn, noch nie hat ein Europäer die verbotene Stadt der „Großen Mutter“ betreten! Sie töten alle Weißen — das sagte man mir!“

„Dann werden sie Jennifer auch töten“, rief Professor Ashley entsetzt aus.

Das Gesicht der jungen Chinesin erstarrte zur Maske. Die Augenlider verborgen die

mandelförmigen Augen. Keiner sollte sehen, wie ein Triumph er ihnen leuchtete.

„Die „Große Mutter“,“ flüsterte Huang Yu. „Das ist schlimmer, als ich gefürchtet habe. Ihre Macht reicht weit...“

Mit einer Handbewegung rief er einen Offizier seiner Wache heran und gab ihm Anweisungen. Kurz darauf hörte man Signale die Stadt durchgellen.

Lu Tai saß still wie eine Statue. Sie hatte ihre Pflicht getan. Sie sah ein leuchtendes, lockendes Ziel vor sich: Wu Tang kam zurück zu ihr. Wu Tang würde wieder ihr gehören..

## XI. Kapitel

Und wieder stand Jennifer am Fenster ihres Zimmers und sah hinaus über die weiten Gärten. Hier hatte sie auch am Morgen gestanden, hatte den Tönen der sieben Glocken gelauscht und hatte versucht, mit den Blicken über die hohe Mauer hinwegzukommen.

Jetzt war es anders, ganz anders. Jetzt war das große Tor weit geöffnet. Sie konnte eine weite, graugrüne Steppe sehen, welche die untergehende Sonne vergoldete. In der Ferne blauten Berge, und ihr war, als ob dort hinten die Welt aufhörte.

Unablässig schritten Männer durch das Tor. Sie konnte sie kaum unterscheiden, dazu war ihr Fenster zu weit vom Tor entfernt. Aber sie sah seltsam gekleidete Gestalten in bunten Mänteln, begleitet von Kriegern, die Waffen trugen. Moderne und ganz altmodische Waffen, Gewehre und Pfeile.

Alle verschwanden in der Richtung des großen Palastes. Sie wurden gleichsam aufgesogen von dem riesigen Gebäude. Aber immer kamen neue. Jennifer hatte das Zählen aufgegeben, aber es mußten viele hundert sein, dessen war sie sicher.

(Fortsetzung folgt)